



Sitzung des Stadtrates am 26.08.2026

Anfrage des Stadtrates Dr. Jörg Erdsack zu einer Anlaufstelle für Armutszuwanderer im Südpark

Vorlagen-Nummer: VIII/2026/02988

TOP: 12.13

Antwort der Verwaltung:

Seit Spätsommer 2025 häufen sich mediale Berichte über den Missbrauch der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit durch südosteuropäische Personengruppen und damit einhergehende Problemlagen in Deutschland (verwahrloste Immobilien und Straßenzüge, Sozialleistungsmissbrauch, Diebstähle, Körperverletzungsdelikte etc.). Großstädte im Ruhrgebiet sind schwer betroffen¹, aber auch in Halle entwickelten sich Brennpunkte in Halle-Neustadt^{2,3,4}.

Auf einer Veranstaltung in Halle-Neustadt wurde 2025 das Projekt „Chancen für Roma und EU-Zugewanderte in Halle“ vorgestellt. Die AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH wurde als Projektträger und staatliche Institutionen als Projektförderer ausgewiesen (Anhang, Abbildung 1). Darstellungen im Internet und der gezeigten Präsentation nach stellen zigane Armutszuwanderer aus Südosteuropa eine zentrale Zielgruppe des Projektes dar. Die Präsentation kommunizierte ein Fallbeispiel „Beratung und Verweisberatung“ einer alleinerziehenden Mutter „mit 6 Kindern, keine Grundversorgung“ (Anhang, Abbildung 2). Das Beispiel legt nahe, dass es sich bei der Beratungsleistung nicht um eine Direktvermittlung der Zielpersonen an seriöse Arbeitgeber zur unverzüglichen Aufnahme einer qualifizierten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung handelt. Stattdessen wird eine Komplettberatung von Armutszuwanderern – die wie im kommunizierten Fallbeispiel kaum zu einer qualifizierten Vollzeitbeschäftigung befähigt sein dürften – über die Möglichkeiten einer dauerhaften Rundumversorgung durch den deutschen Sozialstaat geboten.

¹ Auswahl: (i) „Die Stadt der tausend Härten“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. August 2025, Nr. 187, S. 3; (ii) „Hier ist gar nichts in Ordnung“, DER SPIEGEL, 39, S. 38-43; (iii) „Seit 13 Jahren kämpft er gegen die Schritthäuser. Warum gewinnt er nicht?“, DIE ZEIT, 3. Juni 2026, Nr. 25, S. 11-13.

² Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Situation am Braunschweiger Bogen in Halle-Neustadt und Antwort der Verwaltung (VIII/2025/01764) im Oktober 2025.

³ Anfrage des Stadtrates Dr. Jörg Erdsack (CDU-Stadtratsfraktion) zur Situation in der Richard-Paulick-Straße und Antwort der Verwaltung (VIII/2026/02159) im Januar 2026.

⁴ Einwohnerfragestunde in der Sitzung des Stadtrates am 24. Juni 2026 TOP 3.1 Fragesteller 1 zur Situation in der Richard-Paulick-Straße.



Als Mitglied des Stadtrates und als Vertreter des kommunalen Trägers in der Trägerversammlung des Jobcenters Halle (Saale) frage ich die Stadtverwaltung:

1. Sind der Stadtverwaltung die geschilderte Situation und vergleichbare Situationen in Halle-Neustadt und gegebenenfalls in anderen Stadtteilen bekannt?

Der Zuzug aus EU-Staaten Südosteuropas nach Halle (Saale) hat sich in den vergangenen Jahren verlangsamt; im Gegensatz zu einigen Städten und Regionen im Westen Deutschlands. Ein pauschaler bzw. überwiegender Missbrauch der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ist von der Stadt nicht feststellbar. Die Beschäftigungsquote von EU-Ausländern in Sachsen-Anhalt beträgt für Bürgerinnen und Bürger aus Polen 80 % und aus Rumänien 75 % (Berichtsjahr 2025, Agentur für Arbeit). Sie liegt damit über der Beschäftigungsquote der deutschen Bevölkerung (knapp 72 %).

Auch wenn in Halle (Saale) punktuell Problemlagen mit Vermüllungen und durch von Eigentümern nicht gepflegte Immobilien auftreten, sind generell Kausalitäten zwischen EU-Zuwanderung und Kriminalitätsbelastung nicht herzustellen.

2. Welche Interventionsmöglichkeiten hat die Stadtverwaltung a) bei der AWO SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH und b) bei den Fördermittelgebern aus Land, Bund und EU?

Die Europäische Union möchte mit dem EhAP-Programm die Lebenssituation und die soziale Eingliederung von besonders benachteiligten neuzugewanderten Unionsbürgerinnen und -bürgern und deren Kindern unter 18 Jahren sowie von Wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und deren Kindern unter 18 Jahren verbessern. Dieses soll durch Ansprache, Beratung und Begleitung an lokal oder regional vorhandene Hilfsangebote erreicht werden. Ziel dieses Programms ist nicht die direkte Arbeitsvermittlung.

Da die Projektziele, die letzten Endes sowohl Leistungsmissbrauch verhindern wie auch die Bildungs- und Integrationschancen insbesondere für Kinder und Jugendliche verbessern, mit dem Projekt erreicht werden, gibt es keinen Anlass und kein Ziel für eine Intervention.

3. Kann der Aufgabenbereich, des Quartiersmanagements in Halle-Neustadt um Melde- und Hinweispflichten erweitert werden, um solche Entgleisungen präventiv zu verhüten oder frühzeitig abzustellen und so der Migration von Ausländern in die staatlichen Sozialsysteme und ausgeprägten städtischen Segregation zum Nachteil Halle-Neustadts entgegenzuwirken?

Seitens der Stadtverwaltung wird die Erweiterung des Aufgabenbereichs auf die beschriebenen Melde- und Hinweispflichten abgelehnt. Die Arbeit des Quartiermanagements ist ein bewährtes Instrument der Stadtteilentwicklung und Gemeinwesenarbeit und fußt maßgeblich auf einem niedrighschwelligem Vertrauensverhältnis zu Bewohnerinnen und Bewohnern in den verschiedenen Sozialräumen der Stadt Halle (Saale). Sollten hoheitliche Kontroll- und Meldepflichten auf das Quartiermanagement übertragen werden, würde diese Aufgaben dem Ansatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit widersprechen und zur Entstehung zusätzlicher Barrieren führen. Erschwerend kommt hinzu, dass freie Träger rechtlich nicht befugt sind, behördliche Ermittlungen durchzuführen oder Daten zu erheben und weiterzuleiten.



Das Quartiermanagement Halle-Neustadt wird finanziert über das Bundesprogramm „Sozialer Zusammenhalt“, dass die Ziele verfolgt, die Wohn- und Lebensqualität sowie die Nutzungsvielfalt in den Quartieren zu erhöhen, die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu unterstützen und den Zusammenhalt in der Nachbarschaft zu stärken.

Katharina Brederlow
Beigeordnete